



Waffenstillstand Was ist von Chinas Zwölf-Punkte-Plan zu halten? **s. 8**

Oper Budapest und München zeigen Sergej Prokofjews „Krieg und Frieden“ **Politik, Kultur S. 9, 18**

Sanftheit Rainald Goetz ist zurück! Er distanziert sich vom lustvollen Hass **Kultur S. 20**



Macht wird weiblich

Alle reden von feministischer Außenpolitik – was ist das eigentlich? **s. 6/7**

Tritt in die Weichteile

Kitas Immer öfter kann die Betreuung von Kindern nicht garantiert werden. Die Krise hat leider System. Aber das lässt sich ändern

■ **Marlen Hobrack**

Bisweilen kann ich mein Glück kaum fassen, vermutlich ist es beinahe unverschämte, das zu sagen: Ich lebe in einem Kinderbetreuungsparadies. Dieses Paradies nennt man den Osten, die Ex-Zone, wo heute kein Bürgermeister so schnell auf die Idee käme, die Nachmittagsbetreuung von Kindern zusammenzustreichen. Anders in Tübingen, wo Boris-ist-immer-für-smarte-Lösungen-zu-haben-Palmer (oder besser: seine Verwaltung) aufgrund von Erzieher:innenmangel die Nachmittagsbetreuung in Kitas abschaffte. Ich lese, dass das für viele Eltern bedeutet, dass die Betreuungszeit gegen 13.30 Uhr endet. Beinahe Schweizer Zustände sind das. Die Schweizer stecken ja, was Betreuungsfragen anbelangt, noch in den 1970er Jahren fest.

Zwar sah man vor einigen Jahren Bilder aus meiner Wahlheimat Leipzig, in der werdende Eltern sich vor einer neu eröffneten Kita die Beine in den runden Bauch standen. Aber im Großen und Ganzen klappt es mit der Kleinkindbetreuung. Sie erscheint geradezu sakrosankt, jedenfalls für im Osten sozialisierte Frauen und Männer. Unser Jüngster bekam seinen Krippenplatz mit zwölf Monaten. Das ermöglicht es meinem Partner und mir, jeweils sechs Stunden täglich zu arbeiten. Geldverdienen und Care-Arbeit erledigen wir paritätisch. Das setzt die tägliche Arbeit an der Verwirklichung dieses Ideals voraus, hat zudem strukturelle Vorbedingungen. Dazu gehört ein Mindset, das Gleichberechtigung nicht nur am Weltfrauentag einfordert oder gleich bei erstbesten Gelegenheit den „Umständen“ opfert.

Die Betreuung am Nachmittag sei ohnehin nicht ausgelastet, heißt es aus Tübingen, kaum ein Kind sei bis zum frühen Abend in der Kita. Mag schon sein, doch

selbst als Nicht-Mathematikerin erschließt sich mir eine gewisse Differenz zwischen 13.30 Uhr und 17.30 Uhr. Man muss ebenso kein Genie sein, um zu kapieren, wer die reduzierten Kita-Öffnungszeiten „abfangen“ wird. Natürlich die Mütter, die mit ihrer hemdsärmeligen Art ja schon während der Corona-Zeit bewiesen haben, dass man zur Not mal ein paar Stunden eher aufstehen kann, um wichtige Arbeitsaufgaben zu erledigen.

Aber was will man machen, wenn es nun einmal keine Erzieher gibt, die die Betreuung gewährleisten können? Das Problem beginnt offensichtlich da, wo Betreuungsplätze und -zeiten je nach Kassen- und Per-

Es fällt schwer, bei diesem Thema nicht zynisch zu werden

sonallage ausgehandelt werden. Anstatt einen langfristigen Bedarf zu ermitteln und auf Basis dieses Bedarfs Stellen und Ausbildungsplätze zu schaffen (und diese sogar gut zu bezahlen). Noch vor zehn Jahren etwa schloss Leipzig Schulen, während ganz Sachsen reihenweise Referendare nach Bayern oder Niedersachsen ziehen ließ, die heute natürlich fehlen. Die Notlage heute kommt nicht aus dem Nichts, da sich immerhin schon sechs Jahre vor Schulbeginn künftige Schülerzahlen aus den Geburtenraten ablesen lassen und demografische Trends langfristig wirken. Zu diesen Trends zählt der Boom einiger Städte und Regionen. Mit einer Ausbildungssoffensive ließen sich immerhin binnen weniger Jahre grösste Missstände beseitigen. Um jedoch auch Männer für den Beruf des

Erziehers zu begeistern, muss endlich Schluss sein mit Gender-Stereotypen. Erzieher:innen sind keine Bastelanten und -onkels. Obendrein konkurrieren Arbeitgeber in den Bereichen Erziehung, Gesundheit und Pflege um dieselben potenziellen Azubis, tatsächlich müssten aber breitere Bewerberkreise erschlossen werden.

Gut, vielleicht lassen sich Kinder und Eltern mittels Betreuungsmangel auf die Schulzeit einstimmen, die auf absehbare Zeit durch Unterrichtsausfall und fehlende Erzieher:innen für die Ganztagsbetreuung geprägt sein wird. Es fällt schwer, bei diesem Thema nicht zynisch zu werden. Das weiß ich von unzähligen Freunden, die als Lehrerinnen, Erzieher und Sozialarbeiter arbeiten. Zeit- und Ressourcenmangel, fehlende Anerkennung und schlechte Bezahlung, das Gefühl, die Kinder nicht adäquat betreuen zu können, sind Dauerprobleme. Wer nicht hinschmeißt, kündigt bisweilen innerlich. Wie meine Freundin, die an einer Problemschule als Erzieherin arbeitet. „Nicht in die Weichteile treten“ sei nunmehr das Einzige, was sie sage, wenn Schüler aneinandergeraten. Zeit, die komplexen sozialen Problemlagen hinter der Gewalt und den Beleidigungen zu bearbeiten, habe sie ohnehin nicht. Der Dauerstress wirkt sich auf das Betriebsklima aus. Kollegen arbeiten gegeneinander statt miteinander. Meine Freundin schaut sich daher nach einer neuen Stelle um.

Das ist sicher ein Extremfall. Doch er zeigt eine weitere Ursache für den eklatanten Erzieher- und Lehrermangel: Grundlegende soziale Probleme, die auf politischer und gesellschaftlicher Ebene verhandelt werden müssten, landen letztlich im Kita- und Schulalltag. So fühlt sich Kita- und Schulpolitik für Arbeitnehmer:innen, Eltern und Kinder bisweilen wie ein Tritt in die Weichteile an. Da helfen keine Suspensorien und Trostpflaster. Zeit für wirklich smarte Lösungen.

Marlen Hobrack ist Autorin der monatlichen Freitag-Kolumne „Mutti politics“. Zuletzt veröffentlichte sie das Buch *Klassenbeste. Wie Herkunft unsere Gesellschaft spaltet*. Nun erscheint ihr Debütroman *Schrödingers Grrrl*

Marlene Brey sieht das Sterben im Mittelmeer nicht als „Unfall“

Wer sich in der EU der Floskel „Tragödie“ bedient, verschleiert Verantwortung

Müssen Menschen buchstäblich vor der Kamera sterben, damit ihr Tod als „Tragödie“ gilt? Bei einem Bootsuntergang vor der italienischen Küste sind vor Tagen über 60 Flüchtlinge ums Leben gekommen – darunter 14 Kinder, auch ein erst wenige Monate altes Baby. Italiens Staatspräsident Sergio Mattarella nennt es eine Tragödie. Tatsächlich ist das Sterben im Mittelmeer eine permanente Tragödie, nur dringen die Nachrichten darüber nur an manchen Tagen zu uns durch. Im vergangenen Jahr ertranken etwa 2.400 Migrantinnen und Migranten. Als im April 1912 die Titanic sank, kamen 1.514 der 2.200 Passagiere ums Leben. Inzwischen versinkt also pro Jahr die Titanic mehr als einmal im Mittelmeer, in dessen Fluten seit 2014 über 25.000 Menschen verschwanden. Die Tragödie ist nicht einfach ein Unfall, sondern das Ergebnis politischer Entscheidungen.

So war es Sergio Mattarella selbst, der kurz vor dem Unglück ein Dekret unterzeichnete, das die Arbeit ziviler Seenotretter erschwert. Das zentrale Mittelmeer, durch das eine der tödlichsten Fluchtrouten weltweit führt, wird so noch gefährlicher. Aber es wäre zu einfach, einzig Italien die Schuld zu geben. In ihrem Koalitionsvertrag schreibt die Regierung Scholz, es sei „eine zivilisatorische und rechtliche Verpflichtung, Menschen nicht ertrinken zu lassen“. Man strebe eine staatlich koordinierte und europäisch getragene Seenotrettung im Mittelmeer an. Passiert ist seither nichts. Während die EU-Außengrenze vielerorts mit Wachtürmen und Drohnen gesichert ist wie ein Gefängnis, fehlt es an Vorkehrungen, Migranten in Seenot zu helfen. Man könnte das als Tragödie bezeichnen, handelte es sich in Wahrheit nicht um systematisch unterlassene Hilfeleistung, deren sich die gesamte Europäische Union schuldig macht.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sprach nach dem jüngsten Vor-

fall ebenfalls von einer „Tragödie“. „Wir müssen alle gemeinsam unsere Bemühungen um den Pakt für Migration und Asyl und den Aktionsplan für das zentrale Mittelmeer verdoppeln“, sagte sie. In diesem Plan heißt es unter Punkt 14, dass Such- und Rettungsaktionen besser koordiniert werden sollten. In den Punkten 1 bis 13 jedoch geht es um Abschottung, Abschreckung und Abschiebung.

Wie oft das Wort „Tragödie“ fällt, ist insofern kein Gradmesser für die EU-Migrationspolitik. Der fatale Höhepunkt könnte erreicht sein, wenn diese Semantik ganz entfällt. Dann wäre es der EU gelungen, das Sterben vor und an ihren Außengrenzen so weit an die Peripherie zu drängen, dass die Suggestion greift, Europa hätte nichts damit zu tun. So soll nach Brüssler Plänen stärker mit Libyen kooperiert werden, wo es laut Auswärtigem Amt Internierungslager gibt, in denen „KZ-ähnliche Verhältnisse“ herrschen. Dazu passen Einsätze der Grenzschutzagentur Frontex, die für Senegal und Mauretanien vorgesehen sind. Statt „illegale Einreisen“ zu verhindern, die zu „Tragödien“ führen, sollen demnach künftig „illegale Ausreisen“ unterbunden werden. Tief in Afrika, möglichst unsichtbar, Schuld haben die anderen.

Die EU bleibt dem Narrativ von der Tragödie auch deshalb treu, weil es Ohnmacht vortäuscht. Was sich auf dem Mittelmeer abspielt, ist kaum zu beeinflussen, was immer man auch entscheidet. Aber Politik kann Fluchtursachen bekämpfen, legale Wege nach Europa schaffen, Menschen vor dem Ertrinken retten, auf schnelle und faire Asylverfahren hinwirken. Das nicht zu tun, ist eine Entscheidung. Wer sich hingegen der Floskel „Tragödie“ bedient, gesteht ein, wie Europa hier seine Werte verrät.



Hegelplatz 1
10117 Berlin
PVSStk. A04188
Entgelt bezahlt